

Wirtschaft

Tschäppät erzürnt die Mineralwasserlobby

Die Berner Stadtverwaltung will weniger Flaschenwasser einkaufen und mehr Leitungswasser ausschenken. Die Schweizer Mineralwasserabfüller sehen sich als «Opfer einer unsinnigen Kampagne».

Adrian Sulc

Adelbodner, Appenzeller, Henniez, Passugger und Valser: Gleich fünf Mineralwassermarken standen gestern auf den Tischen im Sitzungszimmer. Das unauffällige Getränk war für einmal Protagonist einer Pressekonferenz. Denn die Abfüller von Mineralwasser sehen sich «Verunglimpfungen und Attacken» ausgesetzt, wie Urs Schmid, der Präsident des Verbands der Schweizerischen Mineralquellen und Soft-Drink-Produzenten, ausführte.

Schlecht zu sprechen ist die Mineralwasserbranche derzeit auf die Stadt Bern – und besonders auf deren Präsidenten Alexander Tschäppät. Dies weil sich Bern im vergangenen Monat verpflichtet hat, weniger Mineralwasser auszuschenken zugunsten von mehr Leitungswasser. «Die Direktionen und Abteilungen werden angehalten, auf transportiertes Wasser zu verzichten und stattdessen auf Hahnenwasser zu setzen», schreibt Regula Buchmüller, Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung, auf Anfrage. An Sitzungen und im Kontakt mit den Einwohnern soll «wenn immer möglich» Leitungswasser in Karaffen aufgestellt werden. Auch bei städtischen Anlässen sollte Leitungswasser bereitgestellt werden.

Dies geschieht im Rahmen der kanadischen Initiative Blue Community, die sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung richtet («Bund» vom 19. September). Tschäppät bezeichnete damals die pro Jahr in der Schweiz getrunkenen 900 Millionen Liter Flaschenwasser als «sozusagen privatisiertes Wasser». Mineralwasserverbands-Präsident Schmid taxierte diese Äusserung gestern als «untolerierbar».

Er betonte, dass Mineralwasser und Leitungswasser zwei «völlig unterschiedlich regulierte Produkte» seien: Mineralwasser dürfe nicht chemisch behandelt werden und müsse bei der Quelle abgefüllt werden. Mineralwasserquellen hätten deshalb mit Leitungswasser nichts zu tun. Und: «In der Schweiz gibt es keinerlei Bestrebungen, Leitungswasser zu privatisieren.»

Streit um Energieverbrauch

Tatsächlich wäre in diesem Punkt das Engagement der Blue-Community-Initiative in der Schweiz nicht nötig. Die Initianten wollen aber auch die Nutzung



Brunnen-statt Flaschenwasser: Pressebild der Stadt Bern anlässlich des Beitritts zur Blue-Community-Initiative. Foto: zvg

von Trinkwasser aus dem öffentlichen Leitungsnetz fördern. Es gehe in der Schweiz nicht um Wassermangel, sondern um die Ressourcen, die für Transport und Verpackung des Mineralwassers gebraucht werden, sagt Heinz Bichsel von der Reformierten Kirche Bern-Jura-Solothurn, welche hierzulande die Trägerschaft für Blue Community übernommen hat. «Wasser mit dem Lastwagen herumzukarren, macht aus ökologischer Sicht keinen Sinn, wenn man ein funktionierendes Trinkwassernetz hat.»

In der Schweiz gebe es derzeit nicht die gleichen Diskussionen über die Privatisierung der Trinkwasserversorgung wie in Kanada, wo die Initiative entstanden ist. Deshalb seien die Blue-Community-Grundsätze für die Stadt Bern auch angepasst worden: «Es geht nicht darum, das Flaschenwasser zu verbieten, sondern darum, dass die Stadt Bern in

ihren Büros auch Leitungswasser anbieten», sagt Bichsel.

«Mit Chlor und Ozon behandelt»

Christophe Darbellay ist mit dieser Argumentation nicht einverstanden. Der Walliser Nationalrat und CVP-Parteipräsident präsidiert auch die IG Mineralwasser, den politischen Arm des Mineralwasserverbands. Darbellay sieht die Mineralwasserunternehmen als «Opfer einer unsinnigen Kampagne» und wirft den Blue-Community-Initianten vor, sie wollten ein «qualitativ besonders hochwertiges Naturprodukt» verbieten, «bloss weil dieses in Flaschen abgefüllt wird».

Wolle man mit der Umweltschädlichkeit argumentieren, so der Walliser, müsse auf Folgendes hingewiesen werden: Leitungswasser sei «aufwendig behandelt und mitunter chemisch und physikalisch mit Chlor, Ozon und UV-

Strahlen aufbereitet». Und ein Grossteil des Wassers gehe ungenutzt verloren. Das sei Energieverschleiss schlechthin, argumentierte Darbellay.

Auch Mineralwasserverbands-Präsident Urs Schmid betonte: «Leitungswasser aufzubereiten, ist teuer.» Es wisse nicht, ob Flaschen- oder Leitungswasser die bessere Ökobilanz habe, räumte er auf Nachfrage allerdings ein. Bei der Stadt Bern gibt man sich überzeugt, dass Leitungswasser «grüner» ist: «Sicher ist, dass das Gebinde und insbesondere der Transport von Wasser die Umwelt stärker belastet, als wenn das hochwertige Trinkwasser direkt durch Leitungen in die Haushalte gelangt», teilt Stadtentwicklungs-Leiterin Buchmüller mit.

Die Mineralwasserbranche darf demnach kaum darauf hoffen, dass die Stadt Bern wieder von ihrer Leitungswasser-Bevorzugung abrückt.

Kommentar

Adrian Sulc

Papiertiger und Symbolpolitik

Eine grosse Dummheit, ein Unsinn, ja eine bodenlose Frechheit sei es, Mineralwasser verbieten zu wollen. Gewerbeverbands-Kadermann Rudolf Horber ereiferte sich an der Pressekonferenz der Mineralwasserbranche gegen die «Bevormundung von mündigen Bürgerinnen und Bürgern». «Sind wir denn in Nordkorea?», fragte er schliesslich rhetorisch.

Nein, natürlich nicht. Wir wären es auch nicht, wenn Mineralwasser in der Schweiz verboten würde. Doch davon war gar nie die Rede – auch nicht seitens der Wasserinitiative Blue Community. Wer an einer Schweizer Quelle Mineralwasser in Flaschen abfüllt, nimmt dieses Wasser niemandem weg. Es wird nirgends fehlen.

Das räumen auch die Schweizer Vertreter von Blue Community ein. Sie fordern, dass das Recht auf Wasser als Menschenrecht anerkannt wird. Im Wasserschloss Schweiz eine obsoletere Forderung. Inhaltlich zielt die Initiative denn auch auf Missstände bei der Wasserversorgung im Ausland ab. Um die Thematik hierzulande aufs Parkett zu bringen, überzeugte man die Stadt Bern zum Beitritt zur Initiative. Das ist grösstenteils Symbolpolitik.

So verkündete Stadtpräsident Alexander Tschäppät vor Monatsfrist eine einzige konkrete Massnahme: Die Verwaltung verzichtet «so weit wie möglich» auf Flaschenwasser. Damit lindert sie den Wassermangel in anderen Teilen der Erde keineswegs. Aber so soll der ökologische Fussabdruck der Stadtverwaltung reduziert werden. Immerhin spart die Stadt damit auch Steuerfranken.

Doch mit dem Verschmähen des Flaschenwassers machte Bern eine ganze Branche wütend. So setzte der Mineralwasserverband die Polit-PR-Maschinerie in Gang. Dazu gehören empörte Stellungnahmen gegenüber den Medien («Sind wir denn in Nordkorea?»), obwohl nie jemand ein Verbot von Mineralwasser gefordert hat. Und dazu gehört, dass IG-Mineralwasser-Präsident Christophe Darbellay im Nationalrat zwei Vorstösse lancieren wird. Er will die heimischen Mineralwassermarken mit einem Label versehen lassen. Und er will, dass der Bundesrat einen Bericht zur Frage erstellen lässt, wie die Unterscheidung von Mineral- und Leitungswasser verdeutlicht werden kann.

Kurz: Es sind zwei Vorstösse für die Galerie, Papiertiger par excellence. Wer sich gegen die «Bevormundung von mündigen Bürgern» wehrt, sollte nicht gleich nach dem Staat schreien, sobald er den Verlust einiger Umsatzpromille fürchten muss.

Kurz

Sonova erzielt Einigung

Der Hörgerätehersteller Sonova steht vor einer Teillösung seines Problems mit fehlerhaften Hörgeräte-Implantaten. In einem grossen Teil der 27 offenen Gerichtsverfahren mit Schadenersatzforderungen konnte eine aussergerichtliche Einigung erzielt werden. «Vor Gericht sind derzeit weltweit noch weniger als zehn Cochlea-Haftpflichtfälle offen», sagte Sonova-Chef Lukas Braunschweiler. (sda)

EZB-Chef Draghi bereitet das Terrain für nächsten Banken-Stresstest

Nach zwei gescheiterten Anläufen versucht der Notenbanker die Zweifel der Investoren zu zerstreuen.

Robert Mayer

Es ist der Beginn einer Abenteuerreise in unerkundetes Terrain für die Europäische Zentralbank. Das Fernziel ist die Übergabe der Aufsichtsfunktion für die über 130 grössten Geldhäuser im Euro-Raum von den nationalen Bankaufsichtern an die EZB. Voraussichtlich gegen Ende nächsten Jahres dürfte die Euronotenbank diese neue Aufgabe übernehmen, womit etwa 85 Prozent der euroweiten Bankvermögen von ihr überwacht werden. Zugleich würde die europäische Bankenunion Gestalt annehmen.

Morgen Mittwoch fällt der Startschuss zu dieser Expedition: Die EZB wird Aufschluss darüber geben, wie sie die Qualitätsprüfung von Vermögensbeständen und Stresstests bei den von ihr künftig überwachten Instituten durchführen will. Dieser «Gesundheitscheck» soll bis zum Wechsel in der Bankenaufsicht abgeschlossen sein und sicherstellen, dass die Finanzhäuser keine versteckten Altlasten mehr mitschleppen, wenn die Verantwortung an die EZB übergeht.

Für Mario Draghi, den Präsidenten des Euronoteninstituts, steht viel auf dem Spiel. Wenn sein Stresstest ein ähnliches Fiasko erlebt wie die 2010 und 2011 durchgeführten – damals unter der Ägide der European Banking Authority (EBA) in

London –, riskiert er einen Reputationschaden für sein Haus, der sich dann eben nicht nur auf den neuen Banküberwachungsarm beschränken, sondern auch die geldpolitische Autorität der Frankfurter Notenbank untergraben würde. Bei den zwei besagten Stresstests hatten selbst Kreditinstitute einen Persilschein bekommen, die kurz darauf mit öffentlichen Mitteln vor dem Kollaps bewahrt werden mussten.

Schafft nun die EZB, was die Londoner EBA nicht hinbekommen hat: Einen glaubwürdigen und gründlichen Stresstest umzusetzen, der alle Zweifel bei internationalen Anlegern das europäische Finanzsystem betreffend endlich beseitigen kann? Die Widerstände nationaler Bankaufsichtsbehörden sowie Regierungen gegen ein allzu strenges Bankexamen sind auch diesmal beträchtlich. Die

Bankwächter fürchten, bei schlechtem Abschneiden der bisher von ihnen kontrollierten Geldinstitute für jahrelange Versäumnisse an den Pranger gestellt zu werden. Und was die Regierungen angeht: Je anspruchsvoller der Stresstest, desto grösser die aufgedeckten Kapitallücken in den Bankbilanzen – die dann im schlimmsten Fall durch Steuergelder umgehend aufgefüllt werden müssen, um einen sich selbst verstärkenden Vertrauensverlust der blossgestellten Banken im Keim zu ersticken.

Politik lässt EZB im Regen

Verschärft wird das Problem dadurch, dass der Wertberichtigungs- und Rekapitalisierungsbedarf für die Finanzhäuser dort am grössten sein dürfte, wo die betreffenden Staaten den geringsten finanziellen Spielraum haben, nämlich in den

von langer Rezession und geplatzen Immobilienblasen ausgezehten südlichen Peripherieländern. Bislang konnten sich die Euroländer jedoch nicht auf einen gemeinsamen Auffangfonds verständigen, der in letzter Instanz – wenn keine privaten oder einzelstaatlichen Gelder zur Verfügung stehen – die Rettung gefährdeter Grossbanken finanzieren würde. Ebenso widersetzen sich die finanzstarken Europartner unter Führung Deutschlands der Idee, den Eurorettungsfonds ESM stärker für die direkte Rekapitalisierung von Banken heranzuziehen.

Nach Ansicht vieler Beobachter steht Europa wohl vor seiner letzten Chance, den Bankensektor mit einer entschlossenen Rekapitalisierung aus seiner Dauerschwäche und Lethargie zu befreien. Davon hänge der weitere Verlauf der europäischen Finanzkrise entscheidend ab.

Heizölpreise

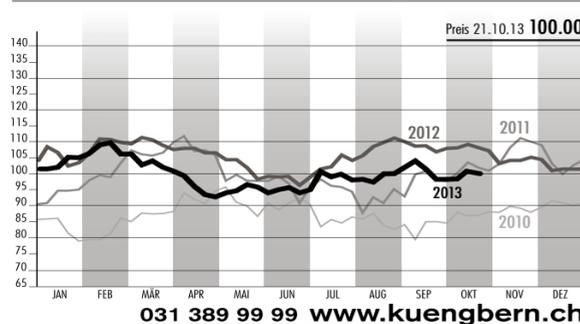
Die Heizölpreise sind innert Wochenfrist gesunken. Laut der Vereinigung des Bernischen Mineralölhandels galten am Montagmorgen folgende Richtpreise je 100 Liter Heizöl extra leicht inkl. 8,0 Prozent MwSt. (www.swissoilbernsolothurn.ch):

Bestellmenge	Preis	(Vorwoche)
Region Bern		
1000 Liter	Fr. 113.50	(114.50)
3000 Liter	Fr. 106.70	(107.60)
6000 Liter	Fr. 101.–	(102.–)

Anzeige

Heizöl-Preis

inkl. 8% MwSt Preise franko Tank Region Bern je 100 Liter
Liefermenge: 6000–10 000 Liter



Heute schon an morgen denken: Jetzt Heizöl bestellen.



KÜNG AG BERN AVIA
Mineralölprodukte
Telefon 031 389 99 99 | www.kuengbern.ch